

Protokoll

der 3. ordentlichen Sitzung am 25. Oktober 2022

Sitzungsleitung:	Anna Richter, Paul Strobach
Protokollführung:	Anna Richter, Paul Strobach, Philipp Okonek
Sitzungsdauer:	19:13 - 22:00 Uhr

I. Formalien

Anwesend sind 22 Mitglieder des Studierendenparlaments (siehe Anhang 1). Es wird festgestellt, dass das Studierendenparlament beschlussfähig ist.

Das Präsidium schlägt die folgende Tagesordnung vor:

I. Allgemeiner Teil

Begrüßung, Prüfung der Anwesenheit, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Abstimmung über die Tagesordnung

II. Wahl eines Mitglieds des Präsidiums

III. Berichte

1. Präsidium

2. AStA

3. VeFa

4. Sonstige

IV. Gegenstände, bei denen das Studierendenparlament ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienen beschlussfähig ist

1. Ansatzhaushalt 2022/23 (XV-P-017)
2. Fortführung der Position der/des Sonderbeauftragten für Verkehrs- und Semesterticketfragen (XV-P-014)
3. Wahl eines studentischen Mitglieds des Verwaltungsrats des Studentenwerks

V. Weitere Gegenstände von der letzten Sitzung

1. E-Mail-Adressen des Studierendenparlaments (XV-P-007)
2. KuZe – Upgrade Schließanlage (XV-P-008)
3. Situation der Häuser 2 und 3 am Campus Griebnitzsee (XV-P-011)
4. Beschwerdestelle Belästigung (XV-P-012)
5. Chaos verhindern – Studierende endlich unterstützen! (XV-P-013)
6. Anerkennung als Sportreferent*in (XV-P-015)
7. Wahl des Allgemeinen Studierendenausschusses

VI. Neue Gegenstände

1. Wahl der studentischen Mitglieder der SFK (XV-P-018)
2. WiFi-Ausstattung KuZe (XV-P-019, Initiativantrag)
3. Anwendung des § 6 IV (XV-P-020, Initiativantrag)

Änderungsantrag von Kai von Saalfeld (GHG):

V.1. an das Ende der Sitzung, VI. vor V. verlegen

Abstimmung: 18:1:3 → angenommen

Beschluss (angenommen ohne Widerspruch):

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung angenommen.

II. Wahl eines Mitglieds des Präsidiums

Victoria Ayvasky ist aus dem Präsidium zurückgetreten. Es ist daher erforderlich, eine Nachwahl vorzunehmen.

Philipp Okonek stellt sich zur Kandidatur. Er habe bereits Erfahrungen im VeFa-Präsidium, wird dieses aber voraussichtlich im nächsten Monat verlassen und so Zeit haben, die er dem StuPa-Präsidium widmen würde.

Beratungspause der GHG: 5 Minuten

Beschluss (angenommen ohne Widerspruch):

Philipp Okonek wird in das StuPa-Präsidium gewählt.

III. Berichte

1. Präsidium

Anna Richter (Präsidium) teilt mit, dass eine E-Mail wegen der **AStA-Ausschreibungen** an die StuPa-Mitglieder versendet wurde, mit der Bitte, bis zum 27. Oktober 2022 die Ausschreibungstexte für „Campuspolitik und studentische Partizipation“ sowie „Internationales“ zu vervollständigen, damit die Ausschreibung endlich erfolgen kann.

Paul Strobach (Präsidium) teilt mit, dass Vivien Pejic (SDS) zurückgetreten ist und Marina Savvides nachgerückt ist, außerdem erwähnt er erneut den Rücktritt von Victoria Ayvasky aus dem Präsidium.

Er richtet außerdem an den AStA die Bitte, daran zu denken, Rechenschaftsberichte zu den ordentlichen Sitzungen einzureichen, eine E-Mail-Erinnerung wird diesbezüglich noch einmal rausgesendet werden.

Marina Savvides (SDS) fragt, was passiert, wenn keine Ausschreibungstexte mehr vervollständigt würden. Anna Richter antwortet, dass dann das Präsidium nach eigenem Ermessen Ausschreibungstexte verfassen würde, d.h. ohne weitere Rücksprache mit dem StuPa.

Kai von Saalfeld (GHG) bittet um einen **BoxUP-Ordner** zu den Sitzungen.

2. AStA

Sophie Schreyer (Finanzen) teilt mit, dass der AStA einen **WarmUP**-Stand hatte, der erfolgreich gewesen war. Es habe auch einige Fragen gegeben, z. B. zum **9 €-Ticket**. Die Gesamtrückerstattung an die Studierendenschaft solle nächste Woche kommen. Es habe bereits über 10 tausend Anträge gegeben, d.h. mehr als 50 % der Studierenden hätten bereits eine Rückerstattung beantragt.

Die Webseite werde jetzt komplett selber gehostet und betreut, was mehr Aufwand sei, aber keine Probleme bzgl. Ausschreibungen/Vergaberecht mache.

Das **Rechnungsprüfungsseminar** sei auf das Finanzreferat zugekommen. Die Jahresabschlüsse müssten bis Dezember erfolgen; der richtige Haushalt würde dann im Januar kommen. Da die RPA-Berichte dieses Mal nur ein Jahr umfassen würden, dürften sie früher als letztes Jahr fertig sein.

Jonas Kolecki (RCDS) fragt, was bzgl. der Rückerstattung passiert, wenn keine Rückmeldung mehr kommt, insb. wohin das Geld geht?

Sophie Schreyer (Finanzen) antwortet, dass nach Ansicht des AStA der Rückerstattungsanspruch 3 Jahre besteht, danach fällt das Geld dem Haushalt der Studierendenschaft zu. Die Webseite solle irgendwann geschlossen werden, dann könnten Anträge nur noch persönlich beim AStA gestellt werden.

Silvan Verhoeven (UP.rising) fragt, wann die **Webseite** geschlossen werden soll?

Sophie Schreyer (Finanzen) und Matthias Weingärtner (Semesterticketbeauftragter) antworten, dass die Webseite vmtl. insgesamt mindestens ein halbes Jahr offen sein werde und dass vor Abschaltung noch einige Erinnerungen versendet würden.

Sven Götzmann (BFF) teilt mit, dass Pascal zu den Kosten der Lösung etwas sagen wollte, aber leider nicht da ist und fragt, ob die anwesenden AStA-Mitglieder dazu Auskunft geben können?

Sophie Schreyer antwortet, dass regulär und fehlerfrei eingegangene Anträge einen minimalen Bearbeitungsaufwand nur hätten; allerdings erhöhen Benutzungsfehler und Bitten um die Korrektur fehlerhaft eingegebener Daten den Aufwand erheblich. Kosten seien nur im Umfang von 780 € für eine Lizenz von Jotforms entstanden.

3. VeFa

Philipp Okonek (VeFa-Präsidium) teilt mit, dass es wegen besonderer Umstände seit Juli keine VeFa-Tagungen mehr gegeben habe; die nächste solle im Dezember stattfinden, dann werde auch ein neues Präsidium gewählt.

4. Sonstige

Vivien Pejic (stud. Senatorin) teilt mit, dass Herr Gerlof, der **Kanzler**, die Universität verlasse und beabsichtigt sei, dass Herr Woithe die Kanzlerschaft übernehme.

Matthias Weingärtner (Semesterticketbeauftragter) teilt mit, dass er wegen des Semesterticketpreises eine E-Mail an die Studierenden geschrieben habe. Es werde bei dem Preis von 200 € bleiben, d.h. keine Erhöhung (von 3 % gewünscht vom VBB) gegeben.

Angesichts der Entwicklung des **49 €-Tickets** stelle sich die Frage, wie sich dieses zum Semesterticket verhält. Nach Ansicht des AStA werde wie bei einer BC100 die Erstattung des SemTix-Preises möglich sein. Offen bleibe noch, ob angesichts dessen der neue SemTix-Vertrag überhaupt zu unterzeichnen sei, es wäre fast eine neue Urabstimmung denkbar.

Das Verkehrsministerium prüfe den Vorschlag eines Bildungstickets, insbesondere da 49 € für Personen mit geringem Einkommen immer noch deutlich zu viel sei. Die Initiative liege zurzeit bei den Ländern.

Vivien Pejic (stud. Senatorin) sei bei der E-Mail von Matthias an alle Studierenden etwas verwundert gewesen, insbesondere, ob nicht angesichts der verschiedenen Vorschläge ein **365 €-Ticket** hätte ausgehandelt werden können. Wenn es dafür noch Zeit und Möglichkeiten gibt, solle überlegt werden, neu zu verhandeln, auch angesichts des Mandats für ein 365 €-Ticket aus der Urabstimmung im Vorjahr.

Sie fragt auch, wie es zu dem Bruch mit den Berliner ASten bzw. innerhalb der IG-SemTix gekommen sei.

Matthias Weingärtner (Semesterticketbeauftragter) antwortet, dass das Problem sei, dass seit August keine Gespräche mit dem VBB möglich gewesen seien. Die Forderung der BRANDSTUVE nach einem **29 €-Ticket** unterstütze der AStA. Der VBB sei auch grundsätzlich offen dafür, das Problem sei jedoch, dass z. B. die Berliner Verkehrsbetriebe und die Brandenburger Verkehrsbetriebe sehr unterschiedlich hiervon profitieren würden. Die Berliner ASten hätten auch eine abweichende Interessenlage, da für sie C-Tarifbereich bzw. Gesamtnetz nicht vorteilhaft sei.

Bezüglich des Twitteraccounts der IG-SemTix: dieser ist ausgelaufen, da die Domain abgelaufen gewesen sei und daher ein Zugriff nicht mehr möglich. Der Zugriff auf den Instagramaccount sei noch möglich und könnte ggf. auch genutzt werden.

GO-Antrag von Silvan Verhoeven (UP.rising)

Redeliste schließen

ohne Widerspruch angenommen

Johanna Lagemann (Juso-HSG) teilt mit, dass sie den AStA insoweit unterstützen wolle; die Jusos hätten einige eigene Vorschläge parat, es sei sinnvoll, eine längere Diskussion dazu innerhalb der Studierendenschaft zu führen, aber nicht jetzt.

Moritz Pleuse (Juso-HSG) ergänzt, dass sich die **BRANDSTUVE** beim **fzs** für eine Forderung nach einem bundesweiten 29 €-Ticket eingesetzt habe; die Pressemitteilung komme am Freitag.

Jonas Kolecki (RCDS) hält in Bezug auf das Mandat der Urabstimmung entgegen, dass nicht einmal 15 % aller Studierenden abgestimmt hätten; er sehe daher keine allgemeine Verbindlichkeit.

Vivien Pejic (stud. Senatorin) merkt an, dass sie es nicht für sinnvoll halte, das Thema (nur) per E-Mail zu diskutieren, da das Semesterticket für die Studierenden sehr wichtig sei. Die Forderung nach einem bundesweiten Ticket sei super, aber es sei auch in Brandenburg insb. durch die Verbindung mit Berlin eine besondere Situation. Sie frage sich, wieso die Semesterticket-Zuständigen nicht die entsprechenden Interessen der Studierenden vertreten würden.

Matthias Weingärtner (Semesterticketbeauftragter) antwortet, er könne das Gefühl, dass die SemTix-Zuständigen die Forderungen nicht vertritt, nicht nachvollziehen. Sie würden ebendie genannten Interessen ggü. Land und VBB vertreten.

Vivien Pejic (stud. Senatorin) ergänzt, dass sie es für wichtig halte, dass das StuPa als höchstes beschlussfähiges Gremium nochmal darüber diskutiert.

Matthias Weingärtner (Semesterticketbeauftragter) merkt an, dass das auch eine Sache der Außenkommunikation sei; selbstverständlich werde es noch dazu Diskussionen im StuPa geben. SemTix-Vertrag hab **Besserstellungsklausel**, d.h. durch ein eventuelles 49 €-Ticket würden keine Nachteile für Studierendenschaft erwachsen.

IV. Gegenstände von letzten Sitzung mit § 6 IV

GO-Antrag der Sitzungsleitung

„3. STW-Verwaltungsrat“ vorzuziehen

ohne Widerspruch angenommen.

(Nummerierung nach der tatsächlichen Reihenfolge)

1. STW-Verwaltungsrat

Das Studierendenparlament hat 2 Mitglieder in den Verwaltungsrat des Studentenwerks zu wählen. Es gibt zwei Bewerbungen: Matthias Weingärtner und Tilman Kolbe. Es können außerdem zwei Vertretungen gewählt werden; Marina Savvides und Anne Bockisch kandidieren als Vertretung.

(1) Ordentliche Mitglieder

Das Präsidium schlägt vor, die beiden Bewerbungen ohne Abstimmung zu wählen. Hiergegen gibt es Widerspruch von einzelnen Mitgliedern des Studierendenparlaments. Mit Zustimmung aller anwesenden Mitglieder wird die Wahl offen per Handzeichen durchgeführt.

Ergebnis der Wahl:

Matthias Weingärtner 20:2:0

Tilman Kolbe 20:2:0

Matthias Weingärtner und Tilman Kolbe sind als ordentliche Mitglieder in den Verwaltungsrat des Studentenwerks gewählt.

Beide nehmen die Wahl sofort an.

(2) Stellvertretende Mitglieder

Beschluss (ohne Widerspruch angenommen):

Marina Savvides und Anne Bockisch sind als stellvertretende Mitglieder für den Stu-We-Verwaltungsrat gewählt.

Beide nehmen die Wahl sofort an.

Einigung:

Die Stellvertretung wird in der Reihenfolge

1. Marina Savvides

2. Anne Bockisch

ausgeübt.

GO-Antrag:

zunächst den Antrag auf Fortführung SemTix-Beauftragter behandeln ohne Widerspruch angenommen.

2. Fortführung SemTix-Beauftragter

Silvan Verhoeven (UP.rising) bedankt sich bei Matthias, dass er weitermachen möchte. Es sei ihm etwas unklar, welche Aufgaben die oder der Beauftragte übernehmen solle; Silvan bittet, diese kurz darzulegen.

Matthias Weingärtner antwortet, dass die Stelle wegen der 9 €-Ticket-Rückerstattung geschaffen worden sei und sich nun hauptsächlich auf die Semesterticketverhandlungen umstellen werde, da dies ein relativ hoher Zeitaufwand ist. Aufwandsentschädigung sei aus seiner Sicht mehr angemessen, auch wenn er persönlich auf diese nicht unbedingt angewesen sei.

Paul Strobach (UP.rising) fragt, ob es ein Problem sei, dass der Antrag und insbesondere die Aufwandsentschädigung rückwirkend sei?

Moritz Pleuse (Juso-HSG) verneint dies, da bei Antragstellung noch keine Rückwirkung gegeben gewesen sei.

Jonas Kolecki (RCDS) meint, dass er nicht schlau geworden sei aus Matthias Ansage bzgl. Aufwandsentschädigung, und ob diese nun zu viel oder zu wenig oder genau angemessen sei?

Matthias Weingärtner zeigt sich verwundert ob der Frage. Positionen würden nicht an den konkreten Menschen hängen; nur weil er nicht auf das Geld angewiesen sei, wäre es respektlos, die Aufwandsentschädigung auf seine konkreten Bedürfnisse anzupassen.

GO-Antrag von Silvan Verhoeven (UP.rising)

Schluss der Beratung und sofortige Abstimmung
ohne Widerspruch angenommen.

Beschluss (Stimmverhältnis 20:1:1):

Der Antrag,

- 1. die Position des/der Sonderbeauftragten für Verkehrs- und Semesterticketfragen, die am 12.07.2022 durch das Studierendenparlament eingerichtet worden ist, vom 01.10.2022 bis zum 31.07.2023 zu verlängern und**
- 2. die Aufwandsentschädigung mit 450,- EUR pro Monat für den genannten Zeitraum auf 4.500,- EUR festzusetzen.**

wird angenommen.

Eine Neuwahl ist erforderlich.

Matthias Weingärtner stellt sich wieder zur Verfügung.

Mit Zustimmung aller anwesenden Mitglieder wird die Wahl offen per Handzeichen durchgeführt.

Ergebnis der Wahl:

Matthias Weingärtner 20:1:1

Matthias Weingärtner wird als Semesterticketbeauftragter im Sinne des Beschlusses vom 25.10.2022 gewählt.

Er nimmt die Wahl sofort an.

3. Ansatzhaushalt

Sophie Schreyer (Finanzen) stellt den Haushalt vor, wobei sie zur Vervollständigung auf die Erläuterungen auf der vorherigen StuPa-Sitzung verweist. Insbesondere die Referatsstruktur belaste den Ansatz, weshalb zunächst nur ca. 6.000 € für Studierendenprojekte zur Verfügung stünden.

Silvan Verhoeven (UP.rising) fragt nach, ob bspw. der vorliegende Antrag des Debattierclubs hierunter fielen, was Sophie bejaht. Sophie ergänzt, dass alles, was nicht durch Verträge reguliert sei, vorerst gekürzt worden sei (bis Dezember), ein weiterer Haushalt mit endgültigen Zahlen sei für Anfang 2023 geplant.

Oskar Wiesatzki (mgL) fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, Geld aus dem Haushalt zu ziehen. Sophie erklärt daraufhin die Aufgabe des Ansatzhaushalts und dass ein Beschluss im neuen Jahr voraussichtlich kein großes Problem mehr sei.

Silvan Verhoeven (UP.rising) fragt an, ob es Interesse gibt, nach der Sitzung über den Haushalt und die Gestaltungsmöglichkeiten des StuPa zu sprechen; er kündigt an, diesbezüglich eine E-Mail rumschicken zu wollen.

Sophie teilt noch mit, dass für die Zukunft ein Extrahaushaltstitel für die Erstattung der Differenz zum 9 €-Ticket geplant sei.

Sophie: Extrahaushaltstitel für 9€-Erstattung geplant

Beschluss (mit Stimmverhältnis 19:0:1)

Der Ansatzhaushalt ist, wie am 26.09.2022 vorgeschlagen, angenommen.

GO-Antrag

Diskussion zum Thema Zugehörigkeit Sozialfondsbeitrag auf TO setzen

Widerspruch von Marie Schwarz (GHG)

5:7:8 - Enthaltungsmehrheit, Antrag ist abgelehnt.

V. Neue Gegenstände

1. Wahl stud. Mitglieder SFK

Änderungsantrag von Sven Götzmann (BFF):

30 € pro Sitzung (nur wenn teilgenommen), insg. 210 € pro Person pro Jahr.

15:0:3 → Änderungsantrag angenommen

Änderungsantrag des Präsidiums:

Fristende 18:00 Uhr

ohne Widerspruch angenommen.

Beschluss (mit Stimmverhältnis 10:0:7)

Der Antrag, die Sozialfondskommission mit dem Text aus der E-Mail vom 25.10.2022 auszuschreiben, wird mit der Maßgabe angenommen, dass die Aufwandsentschädigung 30 € pro Sitzung beträgt, aber nur ausgezahlt wird, wenn an der Sitzung teilgenommen wurde, mithin insgesamt 210 € pro Person pro Jahr beträgt, und dass die Bewerbungsfrist um 18:00 Uhr endet.

2. WiFi-Ausstattung des KuZe (Initiativantrag)

Silvan Verhoeven (UP.rising) plädiert dafür, den Antrag heute nicht zu behandeln, da eine inhaltliche Prüfung des Antrags in der kurzen Frist nicht möglich sei. Insbesondere habe die Diskussion zum Haushalt auch gezeigt, dass wir bewusst mit unserem Geld umgehen müssten. Er verweist darauf, dass der Antrag auch im nächsten Monat noch beschlossen werden könne.

Marina Savvides (SDS) teilt mit, dass sie für eine Behandlung heute sei.

Paul Strobach (Präsidium) weist darauf hin, dass er Bedenken dahingehend hat, ob der Antrag behandlungsfähig ist. Dem Antrag fehlen Vergleichsangebot, ggf. sind solche aber nach der Finanzordnung notwendige Voraussetzung für eine Behandlung.

Marie Schwarz (GHG) fragt nach, um welche Regelung es gehe.

Marina Savvides (SDS) fragt, ob es nicht möglich sei, erst einmal abzustimmen?

Paul Strobach (Präsidium) antwortet, dass eine Annahme zur Behandlung nicht möglich sei, wenn der Antrag nicht behandlungsfähig ist. Bei normalen Anträgen sei dies kein Problem, da eine „freiwillige Beratung“ möglich sei und erst die Endabstimmung unzulässig, bei Initiativanträgen bestehe dieser Luxus jedoch nicht, da die Annahme zur Behandlung schon eine Behandlung sei.

Sophie Schreyer (Finanzen) bestätigt, dass der Antrag in einem Bereich liege, in dem Vergleichsangebote erforderlich sind.

Moritz Pleuse (Juso-HSG) verweist auf die Landeshaushaltsordnung und auf die Risikovermeidung in § 7 Abs. 2 dieser.

Paul Strobach (Präsidium) teilt seine vorläufige Einschätzung mit, dass notwendige Vergleichsangebote fehlen, damit die Formalia nicht erfüllt seien und der Antrag daher nicht behandlungsfähig sei.

Matthias Wernicke (KuZe) bietet an, Vergleichsangebote einzuholen. Ein Problem sei jedoch, dass Angebote in der Regel zeitlich begrenzt seien und dies mit einer langen Bearbeitungsdauer durch das StuPa konfligiere.

Sophie Schreyer (Finanzen) antwortet, dass dies kein Problem sei. Auch verfristete Angebote seien in Ordnung, wenn sie da sind, da es v.a. um die Vergleichsfunktion geht; das sei dann nicht die Verantwortung der Antragstellenden

Verfügung des Präsidiums des Studierendenparlaments:

Der Antrag ist nicht behandlungsfähig und wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Begründung: Soweit Vergleichsangebote nach Haushaltsrecht erforderlich sind, stellen diese einen notwendigen Bestandteil eines Finanzantrags im Sinne des § 9 Absatz 2 Nr. 4, 5 der Finanzordnung (FO) dar. Da dem vorliegenden Antrag notwendige Vergleichsangebot nicht beigefügt sind, ist dieser nach § 9 Abs. 5 S. 2 FO nicht behandlungsfähig.

3. Regelung der Anwendung des § 6 III der Satzung (Initiativantrag)

Moritz Pleuse (Juso-HSG) stellt den Antrag vor. Er würde mit dem Antrag ausschließen wollen, dass über § 6 mit sehr wenigen Stimmen über hohe Beiträge entschieden werde.

Silvan Verhoeven (UP.rising) spricht sich dafür aus, den Antrag nicht auf dieser Sitzung zu beschließen; auf nächste Sitzung zu verschieben für bessere Vorbereitung.

Johanna Lagemann (Juso-HSG) verweist auf die Praxis der Anwendung von § 6; der Antrag sei auch nicht übermäßig kompliziert.

Sophie Schreyer (Finanzen) fragt, warum der Antrag gestellt worden sei.

Beschluss (mit Stimmverteilung 12:5:0)

Der Initiativantrag wird zur Behandlung angenommen.

Kai von Saalfeld (GHG) antwortet auf Sophie Schreyer, dass es im Lauf der letzten Legislatur eine Situation gab, in der über hohe Summen mit nur wenigen Anwesenden abgestimmt wurde. Der Vorschlag sei daher, eine Begrenzung auf bspw. 2000€ Beschlusssumme bei Anwendung von § 6 einzuführen.

Sophie Schreyer (Finanzen) zeigt sich überrascht über die Wahl der Methode; Es mangle ja schon so daran, dass überhaupt mal was entschieden werde, wäre schade, wenn sich das StuPa so noch weiter in Untätigkeit verabschiede.

Paul Strobach (UP.rising) hält den Antrag für rechtswidrig, da sich der Antrag – wie von Moritz Pleuse (Juso-HSG) auf Anfrage bestätigt – auf § 5 Abs. 2 Satz 3 GO-StuPa stütze, diese aber sich nur auf die Leitung der Arbeit des Studierendenparlaments und die Außenvertretung dessen beschränke, wie das Wort „dabei“ aussage. Sitzungseinberufung sei aber separate Kompetenz aus § 10 Abs. 3 S. 4 HS. 1 Satzung, es würde einer ausdrücklichen Rechtsgrundlage bedürfen, um das Präsidium insoweit an Weisungen des Studierendenparlaments zu binden. Eine solche gebe es aber nicht

Marina Savvides (SDS) teilt mit, dass sie ein bisschen hin- und hergerissen sei, einerseits unwohl mit der Handhabung auf vergangenen Sitzungen, andererseits mit Sorge um Blockierung von Anträge durch Fernbleiben.

Silvan Verhoeven schließt sich der Vorrednerin an; er sehe auch nicht, wie das in Kürze der Zeit sinnvoll möglich und auch nicht die Relevanz; Nach der Regelung hätte bspw. keine Wahl für das StuPa beschließen können (ohne § 6 IV Satzung). Er schlägt vor, drei Wochen Zeit zu nehmen und zu überlegen.

Johanna Lagemann (Juso-HSG) meint, dass sie grundsätzlich Verständnis für die Kritikpunkte habe, ggf. könnte die Weisung bei Beschlüssen zur Ermöglichung von Wahlen ausgesetzt werden oder so.

Moritz Pleuse (Juso-HSG) geht auf die rechtlichen Aspekte ein: der Antrag richte sich auf die Auslegung von § 6; dies lasse sich durchaus auf § 5 Abs. 2 GO-StuPa stützen. Über die Frage der Höhe lasse sich durchaus streiten, wobei die „wird empfohlen“-Formulierung entsprechende Spielräume lasse.

Anna Richter (GHG) merkt an, dass sie sich unwohl dabei fühlen würde, nach außen zu vertreten, was vllt. nur 2 Leute beschlossen haben

Kai von Saalfeld (GHG) erwidert auf Sophie, dass die Feststellung der Beschlussfähigkeit hier ja keine Lösung sei, es gehe darum, dass ohne Beschlussfähigkeit das ganze Geld ausgegeben werden könne; generell sei eine seltenere Anwendung des Paragraphen sinnvoll.

Marina Savvides (SDS) meint, man könne auch ein wenig für § 6 IV argumentieren; das Ausmaß des Nichterscheinens in der Legislatur 2021/22 sei nicht mehr nachvollziehbar gewesen.

Sven Götzmann (BFF) teilt mit, dass er sich noch an die Diskussionen über die Aufnahme des Paragraphen in die Satzung erinnern könne. Das Problem liege in der fehlenden Beschlussfähigkeit. Er sei für weniger außerordentliche und insgesamt kürzere Sitzungen und schlägt zunächst auch Vertagung vor.

Sophie Schreyer (Finanzen) schließt sich Sven Götumann im Wesentlichen an.

Kai von Saalfeld (GHG) möchte den Antrag weiter beraten; es sei auch nicht zu vergessen, dass z. B. der Termin der letzten Sitzung sehr ungünstig in den Semesterferien lag.

Paul Strobach (UP.rising) hält entgegen, dass der Termin für die Septembersitzung seit Monaten festgestanden und bekanntgemacht war, außerdem sehe die Satzung eine Sitzung in den Semesterferien ausdrücklich vor. Er fragt Moritz, woher die Klärungskompetenz kommen solle. Diese sei in der Satzung nicht geregelt; für Auslegungsfragen in Bezug auf die Satzung gäbe es die Auslegungskommission.

Moritz Pleuse (Juso-HSG) antwortet darauf, dass die Auslegungskommission nur bei Streitfällen zuständig sei; die Regelung könne beschränkt werden, darüber solle auf der nächsten Sitzung beschlossen werden.

GO-Antrag:

Schließung der Redeliste und Verlegung auf die nächste Sitzung ohne Widerspruch angenommen.

VI. Weitere Gegenstände von der letzten Sitzung

1. KuZe-Schließanlahe

Matthias Wernicke (KuZe) stellt den Antrag vor.

Paul Strobach (Präsidium) weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag von Pascal Kienast vorliegt; dieser wird von den Antragstellenden übernommen.

GO-Antrag: Johanna Lagemann (Juso-HSG)

Schluss der Redeliste und sofortige Abstimmung

12:3:2 → angenommen.

Beschluss (ohne Widerspruch angenommen):

Ein Softwareupdate der Schließanlage des KuZe wird mit 4635,66 Euro aus dem Haushaltstitel 51950 Bauliche Unterhaltung entsprechend des Antrags vom 21.07.2022 in der Fassung des Änderungsantrags vom 25.10.2022 gefördert.

2. Situation der Häuser 2 und 3 am Campus Griebnitzsee

Pascal Kienast (AStA, Antragsteller) teilt mit, dass es einer Abstimmung nicht mehr bedarf, da die alte Stellungnahme aufgrund des dynamischen Prozesses veraltet ist.

Der Antrag wurde zurückgenommen.

3. Beschwerdestelle Belästigung

Marina Savvides (SDS) fragt, ob sich die Antragstellenden mit dem Koordinationsbüro für Chancengleichheit in Verbindung gesetzt hätten.

Paul Strobach (Präsidium) merkt an, dass die Gleichstellungsbeauftragten der DEF den Antrag mit unterzeichnet hätten, was für einen solchen Austausch spreche.

Beschluss (mit Stimmverteilung 15:0:1)

Das Studierendenparlament setzt sich dafür ein, dass eine Beschwerdestelle Belästigung für Studierende an der Universität Potsdam geschaffen wird.

4. Anerkennung als Sportreferent*in

Der Antrag ist zeitlich überholt und hat sich damit erledigt.

5. Wahl des AStA

Marina Savvides (SDS) teilt mit, eine AStA-Wahl am 15.11.2022 zu befürworten.

Einigung

Die Ausschreibung für die AStA-Wahl soll bis zum 11.11.2022 laufen; die Wahl findet dann planmäßig am auf der Sitzung am 15.11.2022 statt.

6. Chaos verhindern – Studierende endlich unterstützen

Moritz Pleuse (Juso-HSG) stellt den Antrag mitsamt Erwägungen vor; der Antrag wird durch einen sofort übernommenen Änderungsantrag der Antragstellenden geändert.

Beschluss (ohne Widerspruch angenommen)

Der Antrag wird in der geänderten Fassung (Anlage 2) angenommen.

7. E-Mail-Adressen des Studierendenparlaments

Paul Strobach (UP.rising) stellt den Antrag mitsamt Erwägungen vor.

Beschluss (ohne Widerspruch angenommen)

Es sollen die E-Mail-Adresse

„mitglieder@stupa.uni-potsdam.de“ zu „alle@stupa.uni-potsdam.de“

und die E-Mail-Adresse

„stupa-intern@stupa.uni-potsdam.de“ zu „mitglieder@stupa.uni-potsdam.de“

umbenannt werden.

VII. Sonstiges

Sophie Schreyer (Finanzen) teilt mit, dass sie alternativ zu einer AStA-Mitgliedschaft auch Interesse an der ausgeschriebenen Stelle „Projektabrechnung und Förderungsmanagement“ hätte und daher langfristig eine andere Person für das Finanzreferat gefunden werden müsse.

Anlage 1: Anwesenheitstabelle

als Mitglieder des Studierendenparlaments		
Hannah Haberkorn	GHG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Anna Richter	GHG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Marie Theres Schwarz	GHG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Kai von Saalfeld	GHG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Valerie Reichardt	GHG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Anne Bockisch	GHG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Silvan Verhoeven	UP.rising	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Jessica Obst	UP.rising	<input checked="" type="checkbox"/> fehlt
Linus Löll	UP.rising	<input checked="" type="checkbox"/> fehlt
Paul Strobach	UP.rising	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Lukas Rost	UP.rising	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Florian Hübscher	UP.rising	<input type="checkbox"/> entschuldigt
Isabell Schmittmann	SDS	<input checked="" type="checkbox"/> fehlt
Marina Savvides	SDS	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Luisa Bräuner	SDS	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Eleanor Müller	SDS	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Victoria Ayvasky	SDS	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Moritz Pleuse	Juso-HSG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Marie-Christin Furchtmann	Juso-HSG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Johanna Lagemann	Juso-HSG	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Richard Wendt	BFF	<input type="checkbox"/> entschuldigt
Sven Götzmann	BFF	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Philipp Okonek	BFF	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend
Jonas Kolecki	RCDS	<input checked="" type="checkbox"/> anwesend

Thomas Wöstmann	RCDS	☑ anwesend
Kai Machunze	GGuS	☑ anwesend
Oskar Wiesatzki	mgL	☑ anwesend
als Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses		
Sophie Schreyer	Finanzen	☑ anwesend
Nahida Parvin Zarin	Antirassismus	✗ fehlt
Shakura Sultana	Antirassismus	✗ fehlt
Philipp Okonek	Campuspol.	☑ anwesend
Noah Weiß	Sozialpol.	✗ fehlt
Zinat Mustary	Geschlechter- u. Queerpol.	✗ fehlt
Johanna Tiepelmann	Umwelt & Nachhaltigkeit	✗ fehlt
Marlon Schwarze	Antibleismus	✗ fehlt
Samreen Fatima	Antibleismus	✗ fehlt
Lisa Windisch	Antibleismus	✗ fehlt
Pascal Kienast	Netzpol. u. Digitalisierung	☑ anwesend
als studentische Senatsmitglieder		
Jessica Obst	-	✗ fehlt
Vivien Pejic	-	☑ anwesend
Sönke Beier	-	✗ fehlt
Selina Syed	-	✗ fehlt
als Gäste		
Matthias Weingärtner	SemTix-Beauftragter	☑ anwesend
Georg Hanff	-	☑ anwesend
Tilman Kolbe	Bewerber STW-Verwaltungsrat	☑ anwesend
Matthias Wernicke	KuZe	☑ anwesend

entschuldigt

fehlt

anwesend